

Keine Abschiebungen in den Kosovo!

Forderungen von amnesty international an die Landesregierungen und die Bundesregierung

amnesty international fordert die Landesregierungen und die Bundesregierung auf, die Abschiebungen ethnischer Minderheiten in den Kosovo sofort zu stoppen.

Die Bundesregierung hat den Vorschlag des *Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für den zukünftigen Kosovo* Martti Arthissari unterstützt. Herr Arthissari hat in seinem Bericht an den UN-Sicherheitsrat vom 26. März unmissverständlich deutlich gemacht, dass eine Rückkehr in den Kosovo nur freiwillig erfolgen sollte.

Derzeit führen die Bundesländer jedoch zwangsweise Rückführungen von Minderheitenangehörigen der Aschkali und Ägypter durch. Grundlage hierfür ist ein zwischen der Bundesregierung und der UN-Mission im Kosovo (UNMIK) ausgehandeltes Memorandum of Understanding. Dieses sieht eine zahlenmäßige Begrenzung der rückzuführenden Personen vor. Darüber hinaus prüft die UNMIK in jedem individuellen Fall eines Aschkali oder Ägypters, ob gegenwärtig Bedenken gegen eine Abschiebung bestehen. UNMIK kann eine zwangsweise Rückführung von Aschkali und Ägyptern nach einer genauen Überprüfung im Einzelfall ablehnen.

Nach diesem Memorandum of Understanding sind Rückführungen von Serben und mit wenigen Ausnahmen von Roma derzeit nicht zulässig. Mit einem Rückzug der Vereinten Nationen aus dem Kosovo, könnten Rückführungen möglicherweise nicht mehr verhindert werden. Die Innenministerkonferenz hat mehrfach deutlich gemacht, sie wolle die Abschiebungen von Minderheitenangehörigen auch auf diese Gruppen ausweiten.

Ethnische Minderheiten bedürfen weiterhin internationalen Schutzes. Die Bedingungen für eine Rückkehr in Würde und Sicherheit sind nicht gegeben. Auch nach einer Entscheidung über den künftigen Status des Kosovo wird noch viel getan werden müssen, um entsprechende Voraussetzungen zu schaffen.

Die Sicherheitslage ist nach wie nicht sicher oder stabil. Insbesondere nach den gescheiterten Verhandlungen über den zukünftigen Status der Provinz, bei denen auch die Troika aus der EU, den USA und Russland keine Einigung erzielen konnte, ist eine Eskalation der Gewalt in naher Zukunft nicht ausgeschlossen. Dies hätte aller Wahrscheinlichkeit nach unmittelbare Folgen für die Sicherheit ethnischer Minderheiten, einschließlich derer, die gegenwärtig aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben werden.

Bisher waren weder die UNMIK noch die Provisorische Regierung des Kosovo (PISG) in der Lage, die

Sicherheit ethnischer Minderheiten dauerhaft zu gewährleisten. In den letzten Monaten sind ethnisch motivierte Gewalttaten im Kosovo zwar zurückgegangen, Serben sind dennoch nach wie vor von Übergriffen auf ihre Person und ihr Eigentum betroffen. Albaner sind im serbisch dominierten Norden ebenfalls nicht sicher. Dass tätliche Angriffe auf Roma in jüngster Zeit nicht bekannt geworden sind, erklären Vertreter der Roma-Gemeinschaften damit, dass Roma Angriffe vielfach nicht zur Anzeige bringen. Sie werden in hohem Maße diskriminiert und können daher ihren Rechten weder vor Behörden noch vor Gerichten erfolgreich Geltung verschaffen.

Auch die Gruppe der Aschkali und Ägypter ist nicht dauerhaft sicher. Die mehrheitlich albanischsprachigen und muslimischen Aschkali sind zwar vergleichsweise besser in die Gesellschaft integriert als die Roma, fühlen sich jedoch keineswegs sicher. Der gewaltsame Tod eines Aschkali im Mai 2007 hat zu großer Bestürzung unter den Aschkali geführt und ist ein Hinweis darauf, dass auch Aschkali und Ägypter von einer Gewalteskalation betroffen wären. Bei den Unruhen im März 2004 zielten die Angriffe – damals für viele überraschend - auch auf Aschkali-Gemeinden.

Diskriminierung ist für viele ethnische Minderheiten im Kosovo an der Tagesordnung. Sie haben kaum Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung. Eigentum wurde zerstört oder verlassene Häuser werden nun von anderen bewohnt. Rückkehrende Minderheitenangehörige erlangen ihr altes Eigentum vielfach nicht wieder und erhalten für den Verlust oder Schaden keine Entschädigung. Vor allem Roma und Serben sind in besonderer Weise benachteiligt und nicht in der Lage, sich eine Lebensgrundlage zu schaffen, die ihnen ein Leben in Würde und Sicherheit verspricht. Dass Angehörige der Roma-, Aschkali- und Ägypter-Gemeinschaften vielfach keine Personenstandsdokumente besitzen, trägt zusätzlich zu deren Ausschluss aus der Gesellschaft bei.

amnesty international fordert die Landesregierungen und die Bundesregierung auf, keine traumatisierten Menschen in den Kosovo abzuschieben.

Viele der aus dem Kosovo geflohenen Albanerinnen und Albaner sowie der Angehörigen ethnischer Minderheiten leiden an posttraumatischen Belastungsstörungen und bedürfen dringend medizinischer Behandlung. Eine angemessene Behandlung von psychischen Krankheiten kann jedoch zur Zeit auf Grund von Ressourcen- und Personalmangel nicht gewährleistet werden, wie auch ein im Januar 2007 erschienener Bericht des *UN Kosovo Teams* zu Defiziten des Gesundheitssystems im Kosovo bestätigt. Eine zwangsweise Rückführung an den Ort der erlittenen Gewalt birgt zudem die Gefahr der Retraumatisierung und ist daher unzumutbar. Vor allem Albanerinnen und Roma-Frauen, die sexuelle Gewalt erlitten haben, werden im Kosovo in ihren Gemeinschaften stigmatisiert. Sie sind selbst vor tätlichen Übergriffen nicht sicher. Die in diesem Bereich engagierten Frauenorganisationen sind nicht in der Lage, ausreichend Unterstützung und Schutz zur Verfügung zu stellen.